

Posener Zeitung.

Zweihundachtigster Jahrgang.

Nr. 710.

Freitag, 10. Oktober.

1879.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 9. Oktober. Der König hat geruht: den Ober-Landesgerichts-Rath von Rosenberg zum richterlichen Mitgliede und den Amtsgerichts-Rath Küster zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Bezirksverwaltungs-Gerichts in Stettin für die Dauer ihres Hauptamtes am Sitz des letzteren, den Landgerichts-Rath Delzen in Erfurt zum richterlichen Mitgliede und den Amtsgerichts-Rath Rohland derselbst zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Bezirksverwaltungs-Gerichts in Erfurt für die Dauer ihres Hauptamtes am Sitz des letzteren zu ernennen und zugleich zu bestimmen, daß der Bezirks-Verwaltungs-Direktor Robbe zu Merseburg auch den Vorsitz bei dem Bezirks-Verwaltungsgerichte in Erfurt zu führen hat; ferner den Amtsgerichts-Rath Schiegle zu Sigmaringen zum richterlichen Mitgliede des Bezirksverwaltungsgerichts in Sigmaringen für die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des letzteren zu ernennen; sowie den Friedensgerichts-Schreibern Witschner in Merzig und Finger in Grevenbroich bei ihrer Verleihung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. Oktober.

Auch die „Provinzial-Korrespondenz“ ist natürlich von dem Ergebniß der Wahlen sehr befriedigt und giebt ihrer Genugthuung in einer längeren Betrachtung Ausdruck. Wir wollen die Darlegungen, wie die Regierung dazu gebrängt worden sei, den Nationalliberalen die Freundschaft aufzukündigen, auf sich beruhen lassen. Wozu hundertmal Erörtertes immer auf's Neue besprechen? Ein Punkt allein scheint uns in dem Artikel des halbamtl. Blattes von größerem Interesse. Ueber die Thatsache, daß trotz aller Verstärkung die Konservativen noch lange nicht die Majorität bilden, kommt auch die „Prov.-Korr.“ nicht hinweg. Das Fehlende muß das Centrum liefern; aber ganz traut die Regierung den Ultramontanen doch noch nicht. Man kann ja nicht wissen, wie lange das konservativ-klerikale Bündniß, oder da dies die offiziöse Wortkunst für eine Fabel erklärt, die plötzlich zum Durchbruch gekommene Ueberzeugung von dem gemeinsamen Ziel der beiderseitigen Bestrebungen andauert. Gewissermaßen als Reserve werden daher doch wieder die Nationalliberalen angerufen, bei denen die Wahlen ja eine „Läuterung“ durch Auslöschung der oppositionellsten Elemente hervorgebracht haben. Das Regierungsblatt wendet sich an die Nationalliberalen in dem Tone eines grossländigen, aber doch zur Vergebung geneigten Vaters, der das ob seiner Sünden hart gestrafte Kind wieder zu Gnaden annehmen will, wenn es reumüthig Buße thut. Wir fürchten, diese Art zu agiren, dürfte sich nicht als glücklich herausstellen. Eine Politik, die es bald mit Liberalen, bald mit Ultramontanen als nothwendiger Unterstützung der unbedingt gouvernentalen Partei halten will, ist undenkbar, und eine Regierung, die das versuchen und von Fall zu Fall die beiden Gegenfüßer gegen einander ausspielen wollte, dürfte bald zur Einsicht kommen, daß sie sich, um vulgär zu reden, zwischen zwei Stühle gesetzt hat.

Das „B. Tgl.“ schreibt unterm Datum des 9.: „Vom Fürsten Bismarck verlautet, er habe beim Kaiser einen Urlaub erbeten und erhalten und werde volle fünf Monate auf seinen Gütern zubringen. Daß er morgen oder übermorgen abreisen werde, wird uns auch von anderer Seite bestätigt; ob indß seine Abwesenheit wirklich so lange dauern werde, dürfte doch noch fraglich sein. Es mag ja seine Richtigkeit haben, daß Fürst Bismarck, so lange er des Centrums sicher sein darf, eine ernsthafte Opposition nicht zu befürchten braucht, andererseits erscheint es doch aber ebenso gewiß, daß ihm die Nothwendigkeit, die Hülfe des Centrums in Anspruch nehmen zu müssen, nicht erfreulich sein kann, so lange die Verhandlungen mit der Kurie noch fortduern. Unter allen Umständen ist die Abhängigkeit der Regierung von den verbündeten Konservativen und Ultramontanen ein Zustand, dessen Untrüglichkeit sich alsbald fühlbar machen wird und der daher unmöglich von längerer Dauer sein kann.“

Wie die „B. Z.“ hört, hat seit Dienstag die Krankheit des Justizministers Leonhardt so an Ausdehnung zunommen, daß zwei bedeutende Aerzte an das Lager des Patienten gerufen worden sind. Herr Leonhardt durfte auch nach seiner Genesung das Portefeuille des Justizministeriums nicht mehr übernehmen.

Herr Gneist wird, wie die „B. Z.“ wissen will, in die national-liberale Fraktion nicht wieder eintreten. Er wird „wild“.

Herr v. Sybel hat von Rom aus sich zur Annahme der magdeburger Wahl bereit erklärt.

Der „Magd. Ztg.“ wird unterm 8. aus Berlin über das Vorspiel der Generalwahl und die Sitzordnung derselben geschrieben: „Heute Abend tagen die Konfessionellen, die positiven Unionisten und Beyschlag und Genossen im Herrenhause. In vertraulichen Besprechungen will man sich über die Wahl des Vorstandes einigen, auch zugleich im Allgemeinen sich orientiren. Im Plenum des Herrenhauses waren heute Nachmittag sämtliche Plätze belegt. Im linken

Drittel des Hauses sitzen Beyschlag und Genossen, dem halleischen Professor zunächst die Herren Dryander, Herbst, Köstlin, Wolff, Schrader, v. d. Goltz (Königsberg), Jacobi, Pindernelle, Boretius, Schott (Barby), Borries, Heindorf, Thielen, Nieden, Kirchstein, Evertsbusch, Snelthage, Güterbogk, Cosack, v. d. Gröben, Gessell, Mangold, Nasse, Hälschner, Kraft, Hermann (Bonn), Melbeck, Ballhorn, Erkam, Krethmar, Eilsberger, Wilfing, Kleinert, Wunderlich, v. d. Goltz (Berlin), Przygoda und Altmann. Etwa zwölf Plätze der Mittelpartei sind noch unbesetzt. Das zweite Drittel des Hauses, das ganze Zentrum, nehmen die positiven Unionisten ein; neben Kögel sitzen Schulze (Elbei) und v. Ollech, hinter diesen die Synodalen v. Thile, Wiese, de la Croix, Reichhelm, Stöcker, Braunschweig, Baur, Hödenbeck, v. Gohsler, v. Hengstenberg, Geß, v. Flotwell, von Bismarck-Bohlen, Cremer, Erdmann, v. Dieß, Schelling und Rogge. Die Fraktion der positiven Union ist weitaus die stärkste der Synode; sie wird etwa 80 Mitglieder zählen. Hinter Kleist-Reckow und Graf Kraßow, den Führern der Konfessionellen, nehmen Platz die Herren v. Seydelwitz, v. Bedlik, Prinz Reuß, Hestler, Faust, v. Berg (Petershain), Lüdecke, Tauscher, Meinholt, Behrendt, Hegel, Schmidt, Stahn und etwa noch 50 Parteigenossen. Die drei Liberalen haben ihre Plätze hinter Beyschlag und Genossen auf der äußersten Linken. Morgen nach der Wahl des Präsidiums soll die Abnahme der Geschenke erfolgen. Wichtig ist, wie die einzelnen Parteien sich zu einander stellen werden. Sucht die Fraktion der positiven Unionen Führung mit Beyschlag und Genossen, so sind die Konfessionellen in der Minderheit. Das Verhältniß der Parteien zu einander wird sich sehr bald klären müssen.“

In Breslau kam es bei der Abgeordnetenwahl am 7. zu Thätzlichkeiten zwischen Wahlmännern der Fortschrittspartei und des neuen Wahlvereins. Der Tumult erstreckte sich bis auf die Straße, wo der Prägelei, deren die Schuleute nicht Herr werden konnten, durch requirirtes Militär ein Ende gemacht werden mußte.

Die dänische Regierung ist den an sie aus der Mitte der Bevölkerung ergangenen Aufrüttungen wegen Errichtung von Viehmärkten auf jütlandischem Gebiet bereits nachgekommen. Das dänische Ministerium des Innern hat unterm 2. d. bestimmt, daß bis auf Weiteres in Lunderskov (Bahnhofstation auf der Linie Hadersleben-Kolding) an den drei letzten Montagen im April und den beiden ersten im Mai, ferner an den beiden letzten Montagen im Oktober und den beiden ersten im November Viehmärkte abgehalten werden dürfen. In den dänischen Blättern werden die Viehproduzenten und Viehhändler dringend aufgefordert, trotz der gestatteten zollfreien Einfuhr des mageren Viehs nach Schleswig, doch kein Vieh über die Grenze zu bringen, da die schleswiger Viehmäster, weil sie des dänischen mageren Viehs durchaus bedürften, schon zu den jütländischen Viehmärkten kommen würden, um es sich zu holen.

Noch ehe die französischen Kammern ihre Arbeiten wieder aufgenommen haben, ist die Fehde zwischen den Organen der verschiedenen republikanischen Parteigruppen auf's heftigste entbrannt. Die „Rég. française“ darf sich „rühmen“, dadurch, daß sie die Amnestiefrage von Neuem auf's Tapet brachte, den Crispel unter die Fraktionen der Linken geworfen zu haben, und es bleibt abzuwarten, ob dieser neueste Schachzug des von Gambetta inspirirten Organs dazu dienen wird, das politische Ansehen des Präsidenten der Deputirtenkammer zu erhöhen. Zunächst springt in die Augen, daß das Verhalten Gambetta's von einer gewissen Zweideutigkeit nicht frei ist. Versichert derselbe doch wiederholst, daß er gewillt wäre, das Kabinett Waddington zu unterstützen, während es jetzt keinem Zweifel unterliegen kann, daß das Ministerium in seiner Gesamtheit unter keinen Umständen einer unbeschränkten Amnestie zustimmen wird. In politischen Kreisen wurde denn auch, wie uns aus Paris telegraphisch gemeldet wird, mehrfach versichert, daß im Ministerium Uneinigkeit bezüglich der Amnestiefrage herrschte und daß sich insbesondere die Minister de Freycinet und Lepère für die Zweckmäßigkeit eines neuen Amnestiegesgesetzes ausgesprochen haben sollen. Andererseits bezeichnet die „Agence Havas“ die Gerüchte über im Schoße des Ministeriums anlässlich der Amnestiefrage entstanene Meinungsverschiedenheiten als unbegründet; der Entschluß des Ministeriums, die totale Amnestie abzulehnen, wäre mit Einstimmigkeit gefaßt worden. Da nun das Organ Gambetta's inzwischen den u. Gunsten einer allgemeinen Amnestie begonnen: Feldzug fortsetzt, so darf angenommen werden, daß das Kabinett Waddington in der bevorstehenden parlamentarischen Session nicht bloß in der Unterrichtsfrage gegen den klerikalen Ansturm, sondern auch bezüglich der unbeschränkten Amnestie gegen die mit den Radikalen verbündeten Parteigänger Gambetta's ihre Positionen zu vertheidigen haben wird.

Zwischen dem Vatikan und der belgischen Regierung herrscht gegenwärtig eine Spannung. Die belgische Gesandtschaft hat wegen der bekannten vom belgischen Episkopat

Announce-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Insetrate 20 Pf. die schmalen Seitenblätter oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

an den Clerus erlassenen Instruktionen beim päpstlichen Stuhle remonstriert. Auf diese Remonstrationen wurde erwidert, daß es ein unabänderliches Prinzip des Vatikans sei, dem Episkopate eines Landes die volle Freiheit der Beurtheilung bezüglich der Zweckmäßigkeit solcher Instruktionen zu überlassen, daß man aber die Überzeugung habe, daß diese Instruktionen in der Praxis wesentlich milder erscheinen werden. In Folge dieser Antwort besorgt man im Vatikan bei Wiederzusammentritt der belgischen Kammer lebhafte Interpellationen über die Beziehungen Belgiens zum päpstlichen Stuhle und den Fortbestand der bei demselben akkreditirten belgischen Gesandtschaft. Bereits im vorigen Jahre ist in den belgischen Kammern die Aufhebung dieser Gesandtschaft lebhaft diskutirt worden, und das gegenwärtige belgische Ministerium hat die Aufhebung derselben in der Hoffnung mit Erfolg bekämpft, dadurch den päpstlichen Stuhl in der Angelegenheit des Gesetzes über den Elementarunterricht gefügiger zu machen.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Oktober.

Ein berliner Blatt meldete kürzlich, daß seitens des Ministers der öffentlichen Arbeiten eine Verfügung erlassen sei, der zufolge der Kreditierung von Frachten in jedem einzelnen Falle von der ministeriellen Zustimmung abhängen sollte. Diese Meldung dementirt heute die „Post“, indem sie den bezüglichen Erlaß (vom 15. September) im Wortlaut mittheilt. Danach bestimmt der Minister, daß die Gewährung von Frachtrediten von längerer als monatlicher, welche über den Zweck einer Geschäftserleichterung hinaus tatsächlich die Wirkung einer Tarifermäßigung haben, nach den für die Feststellung der Tarife geltenden allgemeinen Vorschriften zu behandeln sei. Demzufolge ist in dem Erlaß neben der Genehmigung seitens der staatlichen Aufsichtsbehörde ausdrücklich auf die gleichmäßige Behandlung der Frachtinteressenten und auf die gehörige Veröffentlichung der Bedingungen, wie sie für die Feststellung und Anwendung der Eisenbahntarife gesetzlich vorgeschrieben ist, hingewiesen.

Der Minister des Innern hat sämtlichen Regierungen und Landdrosten eine Circularverfügung zugehen lassen, wonach es zur Sprache gekommen, daß viele Bezirksregierungen die Führungszeuge für stempelfrei erachten, auf Grund deren die Anstellung und Vereidigung im Eisenbahndienste erfolgt. Andere Bezirksregierungen halten diese Atteste für stempelpflichtig und es wird demgemäß nicht überall gleichmäßig verfahren. Seitens der Steuerverwaltung wird die Stempelfreiheit hierbei nicht anerkannt. Es handelt sich hierbei um „amtliche Atteste in Privatsachen“, welche dem Stempel von 1 M. 50 Pf. unterliegen, weil in der hierher gehörigen Tarifposition des Stempelgeges einen eine für gewisse andere Atteste ausdrücklich bewilligte Befreiung nicht zugestanden worden ist und auch für die Anstellungs-Angelegenheiten, zu welchen sie eingereicht werden, eine besondere gesetzliche Befreiung nicht besteht. Somit unterliegen Führungs-Atteste der bezüglichen Art dem tarifmäßigen Stempel für Atteste.

Nachdem durch das Gesetz vom 23. Juli d. J. betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung die Anwendung der letzteren auf die Annahme von Halten und Kosten für Kinder bestätigt ist, sollen durch Bezirks-Polizeiverordnungen Maßregeln zum Schutz dieser Kinder getroffen werden und diese Maßregeln sich auf alle Personen beziehen, welche noch nicht vier Jahre alte Kinder in Kost und Pflege nehmen.

Straßburg i. E., 8. Oktober. Der in das Ministerium für Elsass-Lothringen berufene Reichstagsabgeordnete Schengen hat sich heute von seinen Wählern im Kreise Zabern verabschiedet. In seiner Ansprache sagte derselbe, daß von ihm gegebene Versprechen, dahin zu wirken, daß die Verhältnisse des Landes im Lande selbst geregelt würden, sei durch das Zusammenwirken des Reichstages, der Regierung und seiner autonomistischen Kollegen in Erfüllung gegangen. Die Befugnisse des Landesausschusses seien erweitert und derselbe zur Annahme von Petitionen ermächtigt worden; das Land schicke Kommissäre in den Bundesrat. Er hoffe, daß die neue Aera eine glückbringende sei und daß die regelmäßige Entwicklung des Landes demselben eine versöhnende Zukunft sichern werde. Diese Überzeugung habe ihn bewogen, auf Aufforderung der Regierung in das neugegründete Ministerium einzutreten. Er habe den Entschluß dazu erst gefaßt, nachdem er in dem Einverständnis seiner politischen Freunde die Ernennung dazu gefunden habe. Die Annahme seines neuen Amtes ziehe nach dem Gesetz die Niederlegung seines Mandates nach sich und habe er daher dem Präsidium des Reichstages die bezügliche Anzeige gemacht.

Rußland. [Zur Kolonialisierung der Insel Sachalin.] Außer verschiedenen Parteien von Deportirten, welche nach der Insel Sachalin befördert worden, beabsichtigt die Regierung, auch freie Auswanderer heranzuziehen und zwar nicht aus Russland, sondern aus China. In Nikolajewsk am

Amur sind bereits die ersten chinesischen Kolonisten eingetroffen. Bekanntlich haben sich bisher Chinesen und besonders solche, die aus den nordwestlichen Provinzen geflohen waren, an den wenig bewohnten, aber fruchtbaren Ufern der Ussura niedergelassen, wo nur wenige Kosakenstationen zerstreut lagen. Die chinesischen Kulis sollen nicht nur auf der Insel Sachalin, sondern auch an der Küste des Stillen Oceans angesiedelt werden. Dieser Kolonisationsplan der Regierung findet im Allgemeinen wenig Beifall. Man fürchtet die Konkurrenz der rührigen Kulis nicht nur für die ländliche Bevölkerung von Transbaikalien und am Amur, sondern selbst für die auf Sachalin und das um so mehr, da die Lage dieses Theils der Bevölkerung ohnehin eine sehr gedrückte ist. Unter ganz andern Bedingungen bürgerlicher Organisation hat man selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betreff chinesischer Einwanderer solche Erfahrungen gemacht.

Unter den russischen Nihilisten scheint, wie der „Bohemia“ geschrieben wird, eine Aenderung, eine Art „Kläng“ vor sich zu gehen, welche nach einer gewissen Richtung hin zwar sehr erfreulicher Natur ist, dennoch aber geeignet sein dürfte, dieselben für das absolute Russland noch viel gefährlicher zu machen, als sie es bis jetzt waren. Man ist nämlich theilweise bei den Nihilisten zu der Ansicht gelangt, daß es so weiter nicht mehr gehen könne, daß die ins Auge gesetzten Ideen vorläufig gar nicht ausführbar seien und daher nur vergebens Opfer forderten. Unter dem Eindruck dieser Erwägungen haben eine Anzahl Nihilisten ihrer bisherigen Richtung freiwillig entsagt und sich für „gewöhnliche (soll heißen: gemäßigte) Republikaner“ erklärt. Während dem wahren Nihilisten Verfassung und Republik gleich verabscheuungswert dünken, wie der Absolutismus, da sie immerhin eine Staatsform bilden, und jede Staatsform als solche ihm schon an und für sich als verwerlich gilt, hat jene Anzahl Abtrünniger erklärt, sie sei für eine Staatsform und gebe sich mit einer gemäßigten Republik zufrieden, an deren Spitze eine einzige Person stehe. Diesen Umschwung haben die „Befehrten“ in Proklamationen, die sie heimlich zu verbreiten suchten, „dem Volke zur Kenntniß gebracht“, und derartige Papiere sind namentlich bei den jüngsten Verhaftungen in Odessa von der Polizei mehrfach aufgefunden worden. Ebenso interessant als diese Erscheinung selbst ist aber auch der Sturm, welchen diese „Verräther“ in den echten nihilistischen Kreisen hervorgerufen, so wie die allgemeine Erbitterung, welche jetzt in diesen Kreisen über die „Abtrünnigen“ herrscht. In Genf ist bereits Seitens der sich dort aufhaltenden Nihilisten eine „feierliche Proklamation“ veröffentlicht worden, in welcher das Anathema über die „verächtlichen sogenannten Republikaner“ ausgesprochen wird. Die Proklamation ist unterschrieben von den sämtlichen Koryphäen des Nihilismus, an deren Spitze die Unterschriften stehen: Wjera Sassulitsch, Deutsch, Friedmann (Pseudonym) u. A. Vor allem wird den „Abtrünnigen“ eine „gränzenlose Feigheit“ zum Vorwurf gemacht. „Diese Scheusale“, heißt es darin, „haben nie etwas Besentliches zu Stande gebracht, haben nie mit der jetzigen Gesellschaft brechen können, und dabei lieben sie es noch, sich der Thaten Anderer zu rühmen. Sie haben keinen einzigen politischen Mord während der ganzen Zeit vollbracht.“ Hier folgt die genaue Aufzählung sämtlicher von den Nihilisten vollzogenen Mordthaten, von dem Polizisten Nirow bis auf den Fürsten Krapotkin und General Mesenzew, alsdann heißt es: „Alles dies haben wir, nur wir vollbracht, alles dies ist das Werk unserer, nur unserer Hände, nicht aber jener Feiglinge und Lügner, die sich als zu uns gehörend ausgegeben.“ Zuletzt werden die Abtrünnigen in dem Schriftstück als „Verräther“ gebrandmarkt, die mit dem Tode für ihren Verrat fühnen müßten.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 10. Oktober.

r. Eine Gasexplosion fand gestern Nachmittag 4 Uhr in dem Bestübl des neuen Stadttheaters statt. Dieselbe war die Folge einer Gasausströmung, die dadurch eingetreten war, daß durch einen Monteuer eine Gasröhre abgeleitet wurde. Der Monteuer und ein Malerlehrling haben erhebliche Verletzungen davongetragen, und zwei Fenster sind zertrümmert worden.

r. Die Feuerwache wurde gestern Vormittag 10½ Uhr nach dem Hause Büttelstraße 2 gerufen, wo im Keller ein im Kamin zum Trocknen hineingelegtes Brett in Brand gerathen war und den Keller mit Rauch angefüllt hatte. Als die Feuerwache eintraf, war der kleine Brand bereits gelöscht.

r. Eine vollkommen entkleidete Leiche ist heute Morgen im Glacis des Kernwerks gefunden worden. Näheres darüber ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Der Drang nach Freiheit wohnt jedem Geschöpfe inne, vornehmlich dem Hasen; man kann es deshalb dem Freund Lampe nicht verübeln, wenn er die sich ihm darbietende Gelegenheit zu entwischen, benutzt, besonders wenn er, wie in vorliegenden Falle, im Zimmer eingesperrt gehalten wurde. Ein hiesiger eifriger Nimrod war in den Besitz zweier lebender Hasenjunglinge gelan gt, die er nicht gerade zur besonderen Freude seiner Gattin aufzuziehen und zu zähmen beschloß. Die lieben Thierchen wurden ab und zu aus ihrer Kammer in die grösseren Zimmer gelassen, woselbst sie sich auf den Teppichen mit den bunten Blumen und grünen Blättern derart ungeniert benahmen, daß die Gattin drohte, die unsauberen Patrone aus dem Hause zu schaffen. Natürlich fand sie beim Gatten Opposition, der die Ungläubige damit tröstete, daß seine Häschchen sehr bald von ihren jetzt noch berechtigten Eigenthümlichkeiten zurückkommen und seiner Erziehung durch gute Aufführung alle Ehre machen würden. Zu seinem Leidwesen gestaltete sich die Sache anders. Bei seinem Umherspazieren durch Zimmer und Küche fand der eine Hase vor einigen Tagen das Küchenfenster offen und mit der einem Hasen angeborenen Courage zum Ausreißen, glaubte er die Freiheit nicht leichter, als mit einem Sprung durch's Fenster erlangen zu können. Der arme Lampe hatte nicht berücksichtigt, daß die Küche im dritten Stocke sich befand. Mit einem Satze war er zum Fenster hinaus, allein im nächsten Augenblicke lag er als Leiche auf dem Hof; er hatte sich den Kopf zerschmettert. Sein Brüderchen, das ihn vermißte und sich auf die Suche nach ihm machte, wurde eiligst verfolgt, um es vor einem ähnlichen Schicksal zu behüten. Bei dem Häschchen nach ihm ereignete es sich jedoch, daß er unter einen Tisch geriet und hier auf der Stelle todgedrückt wurde. Daß der Nimrod durch den Tod seiner beiden Lieblinge schmerzlich erregt ward, ist selbstverständlich, ebenso aber auch, daß seine Gattin mit dem Schicksal der Hassen recht sehr zufrieden ist.

□ **Bieh- und Pferdezählung.** Die Zählung des hiesigen Rindvieh- und Pferdebestandes hat am 7. d. Mts. stattgefunden, und zwar zu dem Zwecke, um danach von dem betreffenden Besitzern diejenigen Beiträge zu erheben, aus denen die Entschädigungen an Rindvieh- und Pferdebesitzer zu decken sind, deren Vieh auf polizeiliche Anordnung wegen ansteckender Viehkrankheiten getötet wird. Nach der Zählung betrug der Bestand an Rindvieh 128 Stück und an Pferden 879 Stück am bezeichneten Tage in hiesiger Stadt.

A. Burk, 8. Oktober. [Wohlthätigkeit. Feuer.] Der hiesige katholische Hospital-Vorstand hat aus Anlaß einer Sammlung für das in Posen errichtete Kinder-Hospital, in welchem bedürftige Kinder ohne Unterschied der Konfession Aufnahme finden, eine Beihilfe von 50 M. aus der Hospital-Kasse gewährt und diese Summe an den mit der Sammlung betrauten Sammler gezahlt. — In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. brannte die hier selbst belegene Bockwindmühle des Müllers Stanislaus Flieger total nieder. Die Entstehungsart des Brandes ist bis jetzt noch nicht ermittelt, es wird jedoch böswillige Brandstiftung vermutet.

= **W**romberg, 8. Oktober. [Ausstellung. Zirkus. Theater. Umzug. Orgel.] Die Ausstellungs-Kommission für die Provinzial Gewerbe-Ausstellung 1880 sieht mit dem Vorstande der Schützengilde wegen Überlassung der Räumlichkeiten während der Monate Mai, Juni und Juli in Unterhandlung. Am Montag d. 13. findet eine General-Versammlung der Schützengilde statt um den Preis der Miete festzustellen. — Der Zirkus Leonard giebt Donnerstag den 9. seine letzte Vorstellung, und reist von hier nach Elbing. Die Gesellschaft hatte sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen, und wird hoffentlich auch dort gute Geschäfte machen. — Das Stadttheater ist leider so schwach besucht, daß am Montag die Vorstellung eingestellt wurde. Am Dienstag wurde das „Urbild des Tartüff“ bei fast leeren Bänken gegeben. — Die Direktion des Payer'schen Theaters hat ein neues Ensemble zusammengestellt, mit dem der erste Zyklus von Vorstellungen im Stadttheater zu Thorn eröffnet werden soll und später im Saaltheater des Etablissements hier fortgesetzt wird. — Der große Michaelis-Umzug hat noch nicht sein Ende erreicht; noch täglich sieht man Möbeltransporte fahren, dabei stehen eine große Anzahl Wohnungen wie Läden leer. — In der evangelischen Pfarrkirche wird von dem Orgelbauer Sauer aus Frankfurt. a. O. eine neue Orgel aufgestellt, ähnlich derselben wie er sie für die neue St. Paulskirche hier geliefert hat.

r. Generalversammlung des Lehrer-Sterbe-
kassen-Vereins der Provinz Posen.

Der Lehrer-Sterbekassenverein des Großherzogthums Posen hielt seine statutenmäßige ordentliche Generalversammlung am 8. d. M. Vor- und Nachmittags unter Leitung des Vorsitzenden des Vereins, Rektor H. e c h t (Posen), im großen Lambert'schen Saale ab. Anwesend waren ca. 300 Mitglieder, vertreten außerdem durch Delegierte ca. 450; so daß die Gesamtzahl der Stimmen 737 betrug.

Der Vorsitzende begrüßte im Namen des Vorstandes die Versammlung, und wies darauf hin, daß die derselben vom Direktorium des Vereins gemachten Vorschläge in Betreff der Erhöhung der Versicherungssumme mit 5 gegen 3 Stimmen der Mitglieder des Direktoriums gefaßt worden seien, und ersuchte die Versammlung, diese Vorschläge mit möglichster Objektivität zu prüfen. Der Vorsitzende ernannte hierauf unter Zustimmung der Versammlung zum Schriftführer den Mittelschullehrer W e n m a n n , und beauftragte mit der Führung des Nebenprotokolls den Lehrer G r u n d s c h o f f ; zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Mittelschullehrer G r ä t e r ernannt. — Auf Antrag des Herrn M o d r z i n s k i wurde alsdann von der Versammlung die Verlezung des Passus aus dem Protokoll der vorigen ordentlichen Generalversammlung, welcher von der Erhöhung des Reservefonds handelt, beschlossen. Aus diesem vom Schriftführer verlesenen Passus geht hervor, daß in jener Generalversammlung der Beschuß gefaßt worden ist, das Direktorium zu beauftragen, den Reservefonds von 15,000 nach und nach auf 30,000 Mark zu bringen. Wie nun der Vorsitzende mittheilt, ist das Direktorium der Ansicht gewesen, daß dieser Beschuß unter der Voraussetzung gefaßt sei, daß der Pudewitzer Lehrer-Sterbekassen-Verein sich mit dem Lehrer-Sterbekassen-Verein für das Großherzogthum Posen vereinige; da jedoch durch den Beschuß der vorjährigen außerordentlichen Generalversammlung diese Vereinigung nicht zu Stande gekommen sei, so habe das Direktorium geglaubt, auch von der Erhöhung des Reservefonds auf 30,000 Mark Abstand nehmen zu müssen.

Im Namen der Rechnungs-Revisionskommission, bestehend aus den Herren Przybilski, Ostrowski, Markus, berichtete hierauf der Letztere über die Rechnung pro 1877—78 und beantragte Ertheilung der Decharge, außerdem aber auch zur Sicherung der baaren Bestände die Anschaffung eines eisernen Geldspindes. Beide Anträge wurden von der Versammlung angenommen, und zur Anschaffung des Geldspindes bis zu 450 M. bewilligt. — Im Namen einer zweiten Rechnungs-Revisionskommission, bestehend aus den Herren Ostrowski, Damsch und Nonakonski, berichtete alsdann Herr Damsch über die Rechnung pro 1878—79, und beantragte Ertheilung der Decharge, die auch genehmigt wurde.

Auf Antrag des Herrn K a c z o r e k wurden hierauf die 10 folgenden Gegenstände der Tagesordnung in folgender Weise geordnet: die Gegenstände 5) bis 9), welche sich sämmtlich auf die Erhöhung der Versicherungssumme bezogen, sollten zuerst verhandelt werden. Als dann wollte die Versammlung in d. Berathung über 11) und 12), welche sich auf die Änderung verschiedener Paragraphen des Statuts beziehen, sodann in die Beschlussfassung über den 4. Gegenstand, in Betreff der von den Mitgliedern aus dem Vorjahre für 20 Sterbefälle noch zu zahlenden Beiträge, und schließlich in die Wahl von drei Direktions-Mitgliedern (Gegenstand 3) der Tagesordnung eintreten. — Auf Antrag des Rektors L e b m a n n beschloß die Versammlung, daß jeder Redner zu den Gegenständen 5) bis 9) der Tagesordnung nur einmal das Wort ergreifen solle.

Gegenstand 5) und 6) der Tagesordnung, an welche sich die Gegenstände 7) bis 9) anschließen, lauten: „Berathung und Beschlusssaffung, resp. Änderung des Tit. VIII., § 17, Alinea 1 des revidirten Statuts und des Nachtrags dazu, dahin gehend: a. die Versicherungssumme beträgt 1500 M. und der für jeden Sterbefall zu zahlende Beitrag 1 M., event. b. die Versicherungssumme beträgt 1200 M. und der für jeden Sterbefall zu zahlende Beitrag 0,75 M., event. c) die Versicherungssumme beträgt 900 M. und der für jeden Sterbefall zu zahlende Beitrag, wie bisher, 0,50 M. — Berathung und Beschlusssaffung über Tit. IX., § 20 des revidirten Statuts, und den in dem Statuten-Nachtrag befindlichen Zusatz, resp. dessen Änderung, dahin gehend: a. Wenn die Versicherungssumme auf 1500 M. erhöht wird, der Reservesfond wird auf 60,000 M. erhöht“, event. b. Wenn die Versicherungssumme auf 1200 M. erhöht wird, „der Reservesfond wird auf 45,000 Mark erhöht“, event. c. Wenn die Versicherungssumme auf 900 Mark erhöht wird, „der Reservesfond wird auf 30,000 Mark erhöht“. Die Gegenstände 7) bis 9) beziehen sich auf die unter den obigen veränderten Umständen den, die Korrespondenz führenden Mitgliede, dem Hauptrendanten und dem Kontrolleur zu gewährenden Remunerationen. Die Gründe, welche das Direktorium zu den obigen Anträgen bewogen haben, sind hauptsächlich folgende: a) die gelegentlich der goldenen Hochzeitsfeier des Kaiserpaars hervorgetretene Bereitwilligkeit eines sehr großen Theiles des Lehrers-Personals und der anwesenden

in Lebensversicherungen; d) die bessere finanzielle Lage der Lehrer, in welche dieselben in den letzten Jahren durch die Staatsregierung verfest worden sind, und endlich e) die geringen Aussichten, daß in den nächsten Jahren die Wittwen-Pensionen der Lehrer-Witwenfassen heiliger Provinz erhöht werden könnten. — Das Direktorium hat ferner vorgeschlagen, daß a) falls die Erhöhung der Versicherungssumme auf 1500 Mark beschlossen würde, die Zahlung dieser erhöhten Summe erst nach drei Jahren erfolgen möchte, während die erhöhten Beiträge von 1,00 Mark pro Sterbefall sofort gezahlt werden müßten; daß b) falls die Erhöhung der Versicherungssumme auf 1200 Mark beschlossen würde, die Zahlung dieser erhöhten Summe erst nach zwei Jahren erfolgen möchte, während die erhöhten Beiträge von 0,75 Mark pro Sterbefall ebenfalls sofort gezahlt werden müßten; daß c) falls die Erhöhung der Versicherungssumme auf 900 Mark beschlossen würde, die Zahlung dieser erhöhten Summe erst nach einem Jahre erfolgen möchte, nachdem bereits der Reservefonds auf 30,000 Mark gebracht worden wäre. In den sub a., b. und c. angeführten Zeitfristen von 3, 2 und 1 Jahren würden bei den erhöhten Beiträgen die sub 6 der Tagesordnung projektierten Höhen des Reservefonds auch sehr leicht zu erreichen sein. Damit aber die Hinterbliebenen der innerhalb dieser Zeitfristen verstorbenen Vereinsmitglieder, welche wohl die erhöhten Beiträge gezahlt haben, für welche aber die erhöhten Versicherungssummen noch nicht gewährt werden können, keinen Nachtheil erleiden, so würde denselben die Hälfte der gezahlten Beiträge infl. Zinsen bei eintretendem Tode des Versicherten zurück zu zahlen sein.

Bei der Debatte, welche sich über die Erhöhung der Versicherungssumme entwickelte, sprachen für die Erhöhung die Herren Scheibe, Rektor Hecht, Kaczorek, Modrzynski, Kunze, Mroczykiewicz, gegen die Erhöhung die Herren Markus, Rektor Lehmann, Klöß, Franke, Baumhauer, Reinert. — Herr Markus führte aus, daß der Verein bis jetzt an die Hinterbliebenen jedes verstorbenen Mitgliedes bedeutend mehr ausgezahlt habe, als von demselben eingezahlt worden sei. Angenommen, daß alle verstorbenen Mitglieder dem Vereine seit dessen Gründung angehört haben, was jedoch nicht der Fall ist, seien an den Verein, seitdem die Versicherungssumme 600 M. betrage, von dem zuerst Verstorbenen nur 57, von dem letzten Verstorbenen 156 M. eingezahlt worden, und die ganze Summe, welche der Verein auf diese Weise zugeschossen habe, betrage 149,037 Mark. Seitdem die Versicherungssumme auf 250 M. erhöht worden sei, habe das erst verstorbenen Mitglied nur 156, das jüngst verstorbenen 201 M. eingezahlt, wobei gleichfalls angenommen wird, daß dieselben dem Vereine seit der Gründung angehört haben; die gesamte zugeschossene Summe betrage auf diese Weise 224,673 M. Erst i. J. 1916 werde ein bei der Gründung eingetretenes Mitglied existieren, welches so viel eingezahlt habe, als der Verein an Versicherungssumme zahlte. Der Verlust, welchen der Verein bis jetzt an jedem verstorbenen Mitgliede gehabt, werde sich erst später herausstellen, wenn er in dieselbe Lage kommen werde, wie die pudewitzer Lehrer-Sterbekasse. Werde die Versicherungssumme gar noch erhöht, so werde sich ein noch ungünstigeres Verhältnis herausstellen. — Herr Scheibe wies darauf hin, daß erst, als die Versicherungssumme auf 600 Mark erhöht wurde, die Anzahl der Mitglieder des Vereins bedeutend gewachsen sei, daß aber damals dieselben Bedenken, wie jetzt, geltend gemacht worden seien. Auch jetzt werde, wenn eine Erhöhung der Versicherungssumme eingeführt werde, der Verein dadurch zahlreiche Mitglieder gewinnen, zumal er geringere Prämien erhebe, als andere derartige Vereine oder Lebensversicherungen; der Preußische Beamtenverein erhebe pro 100 Mark Versicherungssumme 1,75 M., andere Vereine gar bis zu 2,34 M.; der Posener Verein dagegen nur 1,50 M. — Rektor Hecht führte noch eingehender aus, wie früher, als die Versicherungssumme 600 M. betrug, pro 100 Mark an Prämien 1,60 M. gezahlt wurden, während jetzt, bei 750 M. Versicherungssumme, die Prämie nur 1,50 Mark pro 100 M. betrage. Im Preußischen Beamtenverein habe ein Mitglied, welches im Lebensalter von 21 Jahren eintrete, 1,64 M. pro 100 M. zu zahlen. Herr Markus habe bei seiner Berechnung außer Acht gelassen, daß bei den Einzahlungen Zins auf Zins gerechnet werden müsse. — Herr Kaczorek führte aus, wie der Verein sich wesentlich von Lebensversicherungsbanken unterscheide; er sei im steten Wachsen, und nehme ältere Mitglieder nur unter der Bedingung der Nachzahlung der Beiträge auf, die Verwaltung sei eine billige, zu jeder Zeit kontrollierbare; auch sei keine Dividende an Aktionäre zu zahlen. Wenn in der Vorversammlung der Vorschlag gemacht worden sei, erst den Reservefonds binnen 3 Jahren auf 60,000 M. und dann die Versicherungssumme zu erhöhen, so sei wohl zu bedenken, daß dadurch viele jüngere Lehrer abgelehnt werden würden, in den betr. 3 Jahren einzutreten. Die von dem Direktorium gemachten Vorschläge (wie sie oben angegeben) seien billig und recht, und besonders empfehle sich die Erhöhung der Versicherungssumme auf 900 Mark, da dabei die Beiträge nicht erhöht zu werden brauchten. Rektor Lehmann wies darauf hin, daß bei manchen Lebensversicherungen auch nur 1,50 Mark pro 100 Mark an Beiträgen gezahlt würden. Erst wenn der Reservefonds erhöht worden, und dadurch die nötige Unterlage geschaffen sei, könne an die Erhöhung der Versicherungssumme gedacht werden; sonst liege die Gefahr vor, daß viele ältere Mitglieder ausscheiden und keine neuen treten würden. Er stelle demnach folgenden Antrag: „Die Generalversammlung beschließt, das Direktorium zu beauftragen, 1) den Beschluß der Generalversammlung vom 3. Oktober 1877, wonach der Reservefonds bis auf die Summe von 30,000 Mark zu erhöhen ist, zur Ausführung zu bringen; 2) den Antrag auf Erhöhung der Versicherungssumme nach Herstellung eines Reservefonds in der bezeichneten Höhe auf die Tagesordnung einer künftigen Generalversammlung zu setzen.“ — Herr Klöß wies darauf hin, daß schon nach dem Jahresbericht pro 1878/79 das Geschäft des Vereins Das nicht eingebracht, was es gekostet habe, indem 24,000 M. eingezahlt, 30,000 M. ausgezahlt seien. Bis jetzt lebe der Verein aus der Hand in den Mund, und seie schon bei Auszahlung der Versicherungssumme von 750 M. zu Verdeckt werde dieser Verlust nur durch das Eintreten immer neuer Mitglieder, was doch aber auch einmal ein Ende nehmen werde. Nur dadurch, daß der Reservefonds erhöht und dadurch dem Vereine mehr Zinsen zugeführt werden, könne derselbe vor derartigen anhaltenden Verlusten bewahrt werden, es möge demnach der Antrag des Rektors Lehmann angenommen werden. — Herr Kunze stellte folgenden Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, a) die Versicherungssumme auf 900 M. zu erhöhen, b) für 6 Sterbefälle von den noch ausstehenden 20 Sterbekassen beträgen pro Mitglied noch 3 M. zu erheben und diese zum Reservefonds zu schlagen.“ — Herr Franke sprach sich überhaupt gegen die Erhöhung der Versicherungssumme aus, und wies darauf hin, daß, wenn Versicherungssumme und Beiträge erhöht werden, viele Mitglieder austreten würden. — Herr Baumhauer bezweifelte, ob die tgl. Regierung die Erhöhung der Versicherungssumme genehmigen werde, sprach den Wunsch aus, daß das Direktorium sämtlichen Mitgliedern das erforderliche statistische Material zur Prüfung der Angelegenheit möge zugehen lassen, und empfahl den Antrag des Rektors Lehmann. Herr Mordzynski beantragte, die Versammlung möge beschließen, daß die Versicherungssumme auf 900 M. erhöht, die Versicherungssumme in dieser Höhe jedoch erst dann ausgezahlt werde, wenn der Reservefonds die Höhe von 30,000 M. erreicht habe. — Es wurde hierauf mit 657 gegen 80 Stimmen beschlossen, die Versicherungssumme von bisher 750 auf 900 M. zu erhöhen, nachdem der Reservefonds von bisher 15,000 auf 30,000 M. gebracht worden sei. — Alle andren Anträge waren damit gefallen. Ebenso waren somit die Gegenstände 7. bis 9. der Tagesordnung erledigt.

11. und 12. der Tagesordnung lauteten: Berathung über die von 13 Vereinsmitgliedern der Nebenrendantur Neustadt b. P. gestellten Anträge auf Änderung verschiedener Paragraphen des revidirten Statuts. Berathung über die von den Vereinsmitgliedern Kaczorek, Es- pänner und Braß gestellten Anträge auf Änderung verschiedener Paragraphen des revidirten Statuts und der Geschäfts-Instruktion des Direktoriums etc." Die Versammlung beschloß weder in einer Reichuk-

fassung noch Berathung über die beantragten Änderungen einzutreten, sondern eine Kommission zu wählen, welche gemeinsam mit einem Direktionsmitgliede, dem jedoch nur eine berathende Stimme zusteht, die Anträge auf Änderungen prüfen und der nächsten ordentlichen Generalversammlung darüber behufs Beschlussfassung berichten soll. In die Kommission wurden gewählt die Herren Klob, Kaczorek, Baumhauer, Dalkowski, Rector Lehmann.

Der 4) Gegenstand der Tagesordnung lautete: „Beschlussfassung darüber, ob die von den Mitgliedern für 20 Sterbesfälle aus dem Rechnungsjahr 1878—79 noch zu zahlenden Beiträge einzuziehen oder niedergeschlagen sind.“ Die Versammlung beschloß, daß die Beiträge für 6 Sterbesfälle eingezogen, die für die übrigen 14 Sterbesfälle dagegen niedergeschlagen werden sollen. Die Beiträge für die 6 Sterbesfälle in Gesamthöhe von 6000 M. werden dem Reservesond überwiesen werden, welcher außerdem durch die Ueberschüsse voraussichtlich in zwei Jahren auf 30,000 M. gebracht werden wird.

An Stelle des Mittelschullehrers Gräter, des Bürgerschullehrers Klinski und des Gymnasial-Schullehrers Schippe, deren Wahlzeit abgelaufen ist, wurden zu Direktions-Mitgliedern gewählt die Herren Marcus, Nowakowski und Seyda. — Damit erreichte die Versammlung, welche 9½ Uhr Vormittags begonnen hatte und von einer einstündigen Mittagspause unterbrochen worden war, 4 Uhr Nachmittags ihr Ende.

Aus dem Gerichtssaal.

—zz— Varischau, 7. Oktbr. [Mordprozeß gegen einen russischen Offizier.] Eine tragische Angelegenheit, die Ihrem Blatte bereits im Sommer dieses Jahres berichtet worden ist, und die sowohl wegen der Umstände, unter denen sie vor sich ging, wie auch wegen der Person des Angeklagten und der nationalen Gegenläufe, die dabei ins Spiel kommen, hier die größte Aufregung verursacht hat, gelangte gestern vor einem Kriegsgerichte, das bei uns seine Sitzungen öffentlich abhält, in den Räumen des Justizpalastes zur Verhandlung. Angeklagt war der 22jährige russische Unter-Lieutenant Popow des Verbrechens, einen allgemein geschätzten und angesehenen polnischen Gutsbesitzer, Adam v. Karwicki erschossen zu haben, der eine traurige Witwe mit 6 Kindern und einen greisen Vater hinterläßt. Den Vorfall im Gerichtshofe führte der Oberst Nagomstj, die Anklage übernahm der Prokurator Bormotow, während der Anwalt Iwanienko die Vertheidigung führte. Um 11 Uhr 15 Minuten Vormittags begann die Verhandlung vor einer so dichtgedrängten Zuhörermenge, daß ich kaum noch Platz finden konnte und auf dem Rücken meines Bordemanns meine Aufzeichnungen machen mußte. Allgemeine Interesse erwachte die Physiognomie des Angeklagten und man suchte in seinen Gesichtszügen vergleichbar nach den Spuren der Motive, welche den jungen Missethäter zu einer solchen That veranlaßt haben mochten. Popow machte ganz den Eindruck eines anständigen, wohlerzogenen jungen Mannes, mit ruhiger, sorgloser Miene, ohne daß sich in seinem Gesicht jener fahle Ausdruck von Gewissensangst zeigte, der sich sonst schon dem Neukeren der jugendlichen Verbrecher aufzuprägen pflegt. Der Angeklagte trägt ein dümmes Schnurrbärthchen, sein Gesichtsausdruck ist ruhig, fast banal zu nennen. Die Verhandlung beginnt mit einer Verlesung der Anklage, die auf Grund der durch die Untersuchung gewonnenen Aussagen und Anhaltspunkte entworfen ist. Die Verlesung des Altersstückes dauert eine volle Stunde, die Anklage lautet auf überlegten Mord. Es erfolgt sodann die Vernehmung der Zeugen. Nach Darstellung der Hauptzeugen, der Witwe des Erichosseinen, verhält sich die Angelegenheit folgendermaßen: Lieutenant Popow hatte von dem Gutsbesitzer v. Karwicki auf Karwice ein Pferd für den Preis von 160 Rubeln gekauft, wobei verabredet worden war, daß im Falle sich irgend welche Mängel an dem Pferde herausstellen sollten, dasselbe dem Verkäufer gegen Erstattung des Preises zurückgegeben werden könne. Wenige Tage nach dem Kaufe schickte Popow seinem Burschen zu Karwicki mit der Mittheilung, daß das Pferd an den Beinen schwach sei und daß Popow dafür nur 120 Rubel zahlen könne, mübin um Wiedergabe von 40 Rubeln bitte. Da der Besitzer nicht zu Hause war, ging der Bursche unverrichteter Sache wieder heim, lehrte jedoch nach einigen Tagen mit dem Pferde zu Karwicki zurück und verlangte die Herauszahlung von 40 Rubeln, andernfalls er das Pferd dalassen und die ganze Kaufsumme von 160 Rubeln verlangen müsse. Karwicki verweigerte beides, indem er sagte, daß wenn das Pferd schwache Füße hätte, es nicht einmal ein Dutzend Rubel wert sei; wenn es aber doch 120 Rubel wert sei, so müsse es keine Fehler haben. Deshalb wies er auch das Verlangen um Herauszahlung der 40 Rubel ab und bemerkte, daß der Lieutenant auf dem Gerichtswege gegen ihn vorgehen könne. Nach wenigen Tagen erschien Popow auf dem Gute Karwicki's und verlangte dringend die Herausgabe des Geldes. Es entspann sich ein heftiger Wortwechsel in Gegenwart der Frau des Karwicki, wobei der Letztere, um die Scene zu beenden, Popow auf den Weg der Klage verwies. Dieser Vorschlag gefiel dem Angeklagten nicht, indem er antwortete: „Ich kenne keine Gerichte, ich habe mein eigenes Gericht.“ Karwicki entgegnete darauf: „Die Gerichte sind für Alle da, wir Alle müssen ihnen gehorchen.“ In weiteren Verlauf des Streites hörte Frau Karwicki, die unterdessen in ein anderes Zimmer gegangen war, noch das Klirren des Säbels am Boden und die Worte Popow's „Ich kann auch schießen“, worauf Karwicki antwortete: „Ich kann es nicht“. Karwicki bat den Besucher, ruhig zu sein, sich an's Gericht zu wenden und vorläufig als Gast noch ein Glas Wein zu trinken, worauf er in das Nebenzimmer ging, um die entsprechenden Anordnungen zur Bewirthung zu treffen. Kaum war er jedoch wieder zurückgekehrt, als ein Schuß fiel, darauf noch einer. Die Frau sah bei ihrem Eintreten ihren Mann wanken und sich mit der Hand nach der Brust fühlen. Mit den Worten: „Was hat er gethan, ich bin zu Tode getroffen“ fiel er hin und verschied. Der Mörder ging in seinem Grimm auf Frau Karwicki los und bedrohte sie mit dem Revolver, worauf diese zu Boden sank und ihn um Gnade bat, indem sie rief: „Schone mein Leben und nimm das Geld für das Pferd und auch noch mehr“. Popow hielt ein und verließ den Salon, wobei er, als er an der Leiche Karwicki's vorbeiging, noch einen Schuß auf dieselbe abfeuerte. Hierauf entfernte er sich aus dem Hause, wobei er in der Eile noch die im Vorflur liegenden Handschuhe vergaß.

So lauten die Aussagen der Frau v. Karwicki. Nach den Aussagen des Angeklagten, seines Burschen und anderer Zeugen hätte sich die Sache anders verhalten. Nach dieser Version sei von dem Verkäufer des Pferdes die Zurückgabe desselben dem freien Ermessens des Käufers überlassen worden. Karwicki habe, als der Bursche das Pferd zurückbrachte, diesem Schmähworte an seinen Herrn übersandt und ausgerufen: „Sage Deinem Herrn, daß ich von nichtswürdigen Buben (od. durniów) keine Pferde zurücknehme und solchen Buben auch das Geld nicht zurückstelle.“ Lieutenant Popow habe, als er diese Worte hörte, deren nicht glauben wollen, da er wußte, daß Karwicki ein feingebildeter Mann sei. Angesichts der Betheuerungen des Burschen begab er sich jedoch nach dem Gute Karwice, um die Zurücknahme der Beleidigung und die Herausgabe des Geldes zu verlangen. Den Revolver nahm er mit sich, weil er immer einen solchen bei sich trug. Als er von Karwicki Revokation der Beleidigung verlangte und dieser sie abschlug, habe er ihn zum Duell gefordert, worauf ihm Karwicki in's Gesicht spie und das Zimmer verließ. Als er nach einem Moment zurückkehrte, habe ihn Popow, um die Ehre der Offiziersuniform zu wahren, niedergeschossen.

Diese Einzelheiten deponierte der Angeklagte mit großer Ruhe und Sicherheit und begleitete sie theilweise mit lebhaften Gesten, was auf die Zuhörer nicht ohne Eindruck blieb. Der Prokurator stellte alsdann die Anklage wegen überlegten Mordes und beantragte 15 bis 20 Jahre schwere Zwangsarbeit in den Bergwerken und Ansiedlung in Sibirien, sodann wegen des Mordversuchs gegen Frau v. Karwicki 12 bis 15 Jahre schwerer Bergwerksarbeit. Da das Gesetz indessen als höchste Strafmaß nur 20 Jahre schwere Bergwerksarbeit

und Ansiedlung in Sibirien kennt, so beantragte er summarisch diese letztere Strafe. Der Vertheidiger, Herr Iwanienko dagegen suchte darzuthun, daß der Angeklagte im Saborn und in Folge einer schweren Beleidigung seiner Offiziersrechte gehandelt habe und beantragte, daß auf Unzurechnungsfähigkeit und Freiprechung erkannt werde. Nach einer Bemerkung des Prokurators wandte sich noch der Angeklagte mit zitternder Stimme an den Gerichtshof und bat um ein gerechtes Urteil in einer Angelegenheit, die aus der Notwendigkeit entsprungen sei, die Ehre der Uniform zu wahren. Der Gerichtshof zog sich alsdann zurück und erkannte nach einstündigem Berathung, daß Alexander Alexejewitsch Popow sich der Tötung des Gutsbesitzers Adam v. Karwicki im Saborn und in Folge einer schweren Beleidigung schuldig gemacht habe und demgemäß zum Verlust aller Standesrechte, vierjähriger schwerer Zwangsarbeit in einer Fabrik und zur Ansiedlung in Sibirien verurtheilt werde.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 9. Oktbr. Sr. Maj. Kanonenboot „Hvane“, 4 Geschütze, Kommand. Kapt. Lt. v. Gloeden, ist auf der Reise nach der Westküste Amerika's am 8. d. Mts. von Wilhelmshaven nach Plymouth in See gegangen.

Sr. Maj. Aviso „Möve“ ist am 8. d. Mts. von der Werft des Kommerzienrats Schichau in Elbing glücklich vom Stapel gelaufen.

Baden-Baden, 9. Oktober. Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers ist nach den bisherigen Dispositionen auf den 19. d. festgesetzt. Gestern begrüßten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin in Dos die Kaiserin von Russland, welche nach kurzem Aufenthalt die Reise nach Südfrankreich fortsetzte.

Wien, 9. Oktober. Heute Mittag erschienen die Beamten des Ministeriums des Auswärtigen in dem Palais des Ministeriums des Auswärtigen, um sich von dem Grafen Andrássy zu verabschieden. Wie die „Polit. Korresp.“ meldet, richtete der Sektionschef von Calice an den Grafen Andrássy eine mit tiefer Erregung vorgetragene Ansprache, in welcher er unter Hervorhebung der ausgezeichneten Eigenschaften Andrássy's als Chef und seiner Verdienste um die Monarchie, den Gefühlen der versammelten Beamten Ausdruck gab und als Zeichen ihrer besonderen Berehrung und Anhänglichkeit eine zur Erinnerung von sämtlichen Beamten des auswärtigen Ministeriums unterzeichnete Adresse überreichte. Graf Andrássy antwortete, sichtlich ergriffen, in einer längeren Rede, in welcher er allen Beamten für ihre aufopferungsvolle Unterstützung und ihren großen Pflichteifer dankte, diesen Dank aber besonders noch denjenigen Beamten aussprach, die mit ihm in unmittelbarer Verbindung gearbeitet hätten. Graf Andrássy betonte ferner das Bedürfnis, aus Gesundheits-Rücksichten sich in das Privatleben zurückziehen zu müssen, und fügte hinzu, der Kaiser habe zu seinem Nachfolger einen Mann ernannt, der bereits mit ihm im Ministerium und außerhalb desselben unter der nämlichen Fahne gekämpft und dieselben Ideen vertheidigt habe. Schließlich sprach Graf Andrássy die Überzeugung aus, daß für einen Amtsnachfolger und für die Beamten des Ministeriums des Auswärtigen normale Zeiten eintreten würden und daß die Gefahren, von denen die Monarchie bedroht gewesen, beseitigt seien und bat die Beamten, den Frhln. v. Haymerle so zu unterstützen, wie sie das in Bezug auf ihn gethan hätten.

Unmittelbar darauf erfolgte die Vorstellung der Beamten bei dem neuen Minister des Auswärtigen v. Haymerle. Auf die Ansprache des Sektionschefs v. Calice erwiberte der Minister mit Dankesworten und unter Hinweis auf die großen Verdienste Andrássy's, daß er das Werk, welchem Graf Andrássy acht Jahre einer hingebenden Thätigkeit mit so großem Erfolg gewidmet, nun fortzusetzen habe und daß er sich hierbei von dem Vertrauen der Beamten unterstützt zu sehen hoffe.

Wien, 9. Oktober. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Belgrad von heute: Der türkische Gesandte stellte die Forderung, daß der diplomatische Agent Bulgariens dem Fürsten Milan den Investitur-Herman überreiche, durch welchen der Fürst von Bulgarien installirt worden sei. Diese Forderung wurde vom Ministerpräsidenten Ristic zurückgewiesen und das Recht Bulgariens, einen Vertreter in Serbien zu unterhalten, wurde dadurch, daß Fürst Milan heute das Beglaubigungsschreiben des bulgarischen Agenten entgegennahm, anerkannt.

Petersburg, 9. Oktober. Der Minister des Innern hat die Zeitung „Ruslaja Pravda“ auf 5 Monate suspendirt.

Paris, 8. Oktober. Die „Agence Havas“ bezeichnet die Gerüchte über im Schoße des Ministeriums anlässlich der Amnestiefrage entstandene Meinungsverschiedenheiten als unbegründet; der Entschluß des Ministeriums, die totale Amnestie abzulehnen, wäre mit Einstimmigkeit gefaßt worden.

London, 9. Oktbr. Eine Lloyd-Depesche meldet von einem Treffen zwischen der chilenischen und peruanischen Flotte. Die Chilenen nahmen das Kriegsschiff „Huascar“ weg.

Belgrad, 9. Oktober. Der italienische Gesandte Tornielli und der belgische Generalsond überbrachten ihre Beglaubigungs-schreiben. Der Finanzminister Javanovis hat nach sechsmonatlichem Urlaub seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Bukarest, 9. Oktober. In einer Privatversammlung von Deputirten erklärte gestern Abend Bratianno: Das Ministerium werde nicht zurücktreten, auch wenn die Regierung vorlage nicht die Zweidrittelmehrheit erlangt, weil die Regierung der Majorität nicht die Minorität opfern und außerdem das Land nicht in Gefahren und Abenteuern stürzen dürfe.

Newyork, 9. Oktober. Die Utah-Indianer tödten den Agent Krecher und sämtliche männlichen Beamten der Weißfluss-Agentur und verschonten nur die Frauen und Kinder. General Merris bot den Indianern Frieden an, falls sie sich entwaffneten. Der Vorschlag wurde zurückgewiesen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 9. Oktbr. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,37. Pariser do. 80,55. Wiener do. 173,20. R.-M.-St.-A. 140. Rheinische do. 134. Hess. Ludwigsb. 76. R.-M.-Pr.-Anth. 132. Reichsanl. 98. Reichsbank 154. Darmstb. 133. Meiminger B. 81. Ostf.-ung. Bt. 723,00. Kreditaktien*) 226. Silberrente 59. Papierrente 58. Goldrente 69. Ung. Goldrente 81. 1860er Loose 120. 1864er Loose 293,20. Ung. Staatsl. 178,80. do. Ostf.-Obl. II. 72. Böh. Westbahn 163. Elisabeth. 150. Nordwestb. 112. Galizier 208. Franzosen*) 226. Lombarden*) 69. Italiener —. 1877er Russen 89. II. Orientanl. 61. Bentr.-Pacific 108. Galizier 207. Ungar. Goldrente —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 227. Franzosen 227.

Franzosen 227. Ungar. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 9. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 227. Franzosen —. Lombarden —. 1860er Loose —. Oester. Goldrente —. Ungarische Goldrente 81. II. Orientanleihe 61. Ill. Orientanleihe 60. Geschäftslos.

Wien, 9. Oktober. (Schluß-Course.) Ruhiges Geschäft, bestiegte Tendenz. Renten und Spekulationspapiere erholt, Bahnen vernachlässigt.

Papierrente 67,97. Silberrente 69,30. Oester. Goldrente 80,65. Ungarische Goldrente 94,80. 1854r Loose 121,20. 1860r Loose 125,75. 1864r Loose 157,25. Kreditloose 168,00. Ungar. Prämien 103,00. Kreditaktien 264,75. Franzosen 263,75. Lombarden 81,50. Galizier 240,80. Kasch.-Oderb. 113,20. Pardubitzer 100,50. Nordwestbahn 129,20. Elisabethbahn 173,20. Nordbahn 226,00. Oesterreich-ungar. Bank 834,00. Türk. Loose 20,50. Unionbank 92,60. Anglo-Austr. 133,80. Wiener Bankverein 135,80. Ungar. Kredit 20,40. Deutsche Plätze 57,20. Londoner Wechsel 117,30. Pariser do. 46,30. Amsterdamer do. 96,80. Napoleon 9,31. Dusaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 57,80. Russische Banknoten 1,23.

Wien, 9. Oktober. Abendbörs. Kreditaktien 264,75. Franzosen 263,50. Galizier 240,50. Anglo-Austr. 133,75. Lombarden 81,25. Papierrente 67,97. Oesterreichische Goldrente 80,70. Ungar. Goldrente 94,95. Marknoten 57,80. Napoleon 9,31. Geschäftslos.

Florenz, 8. Oktober. p.C. Italienische Rente 91,62. Gold 22,59. Paris, 9. Oktober. Sehr bewegt, weichend. 3 pro. amortisir. Rente 85,15. 3 pro. Rente 83,17. Anleihe de 1872 118,22. Italien. 5 pro. Rente 80,05. Oester. Goldrente 69. Ungar. Goldrente 83. Russen de 1877 92. Franzosen 573,75. Lombardische Eisenbahn-Alten 182,50. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 11,60.

Credit mobilier 670. Spanier exter. 15,15. do. inter. 14,15. Suezkanal-Alten 720. Banque ottomane 515. Societe generale 552. Credit foncier 1007. Egypte 242. Banque de Paris 845. III. Orientanleihe 63,15. Türkensloose —. Londoner Wechsel 25,31.

Paris, 8. Oktober. Boulevard-Berfehr. Anleihe von 1872 118,52. Italiener 80,47. ungar. Goldrente 82. III. Orientanleihe 62,50. Egypter 241,25. Matt.

London, 9. Oktober. Consols 97. Italien. 5 pro. Rente 79. Lombarden 7,5. 3 pro. Lombarden, alte 10,5. 3 pro. do. neue 10,4. 5 pro. Russen de 1871 86,5. 5 pro. Russen de 1872 86. 5 pro. Russen de 1873 89,5. 5 pro. Türk. de 1865 11,5. 5 pro. fundirte Amerikaner 106. Oester. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82. Oester. Goldrente 68,5. Spanier 15,4. Egypter 48. Wechselnotrungen: Deutsche Plätze 20,60. Wien 11,92. Paris 25,45. Petersburg 24,45.

Silber —. Plaziskont 3 p.C. Aus der Bank floßen heute 50,000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 9. Oktober. Wechsel auf London 25. II. Orient-Anleihe 91.

Newyork, 8. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 C. Wechsel auf Paris 5,23. 5 p.C. fundirte Anleihe 103. 4 p.C. fundirte Anleihe von 1877 101. Crie-Bahn 38. Central-Pacific 110. Newyork Centralbahn 119.

Produkten-Course.

Danzig, 9. Oktober. Getreide-Börse. Wetter: Sehr schön. Wind: W.

Weizen loko zeigte am heutigen Marte eine flache Stimmung; die Kauflust war gering und nur zu gedrückten Preisen konnte bei kleinem Umsatz verkaufen werden. Gezahlt ist für roth 124,5 Pfd. 208. rot bezogen 124,5 Pfd. 197. M. blau/purpur 122, 123,4, 126,7 Pfd. 180, 186, 188 M. ordinär roth 121 Pfd. 197 M. bunt und hellfarbig 118—130 Pfd. 199—210 M. hellbunt 123—126 Pfd. 213—218 M. hochbunt 131—133 Pfd. 220—227 M. pro Tonne. Russischer Weizen unverändert. Glasig aber befest 126 Pfd. brachte 215 M. pro Tonne. Termine billiger angeboten, Oktober 215 M. pro Tonne. November 214 M. Br. 212 M. Gd. April-Mai Transit 228 M. Gd. Regulierungspreis 215 M. Gefündigt 50 Tonnen.

Roggen loko matt und etwas billiger, für inländischen ist nach Qualität bezahlt 119 Pfd. 143 M. 122 Pfd. 146 M. 124,5 Pfd. 150 M. 126,7 Pfd. 152 M. 131 Pfd. 158 M. pro Tonne. Termine

